

Tagesordnung

für die Sitzung des Integrationsrates am 04.06.2025

Vorlagen-Nummer

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 1 | Bestellung eines Schriftführers | 159/25 |
| 2 | Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Gremium gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder | 126/25 |
| 3 | Kenntnisgaben | |
| 3.1 | Informationen zur Interkulturellen Woche 2025 | 154/25 |
| 3.2 | Stellungnahme: Landesintegrationsrat NRW kritisiert Koalitionsvertrag: Rückschritt statt Willkommenskultur | 156/25 |
| 3.3 | Informationen zum Inklusionstag 2025 | 146/25 |
| 4 | Anfragen und Mitteilungen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|---|---------------------------|--|
| 5 | Anfragen und Mitteilungen | |
|---|---------------------------|--|

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Beschlussfassung	Integrationsrat	öffentlich	04.06.2025
----	------------------	-----------------	------------	------------

Bestellung eines Schriftführers

Beschlussvorschlag:

Anstelle von Herrn Ben Cremer wird Herr Jan Sazma bis auf Widerruf zum Schriftführer für die Sitzungen des Integrationsrates bestellt.

Das zuständige Fachdezernat wird ermächtigt festzusetzen, welche Schriftführung jeweils zu amtieren hat.

A 14-Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Molls _____	Datum: 22.05.2025 gez. Leonhardt		
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt:

Aufgrund von personellen Veränderungen ist die Bestellung der im Beschlussvorschlag genannten Person zum Schriftführer für die Sitzung des Integrationsrates erforderlich.

Es empfiehlt sich, für evtl. Vertretungsfälle mehrere Schriftführende zu bestellen.

Nach § 52 Abs. 1 GO NRW ist über die im Rat gefassten Beschlüsse eine Niederschrift aufzunehmen. Diese wird von der Bürgermeisterin und einem vom Rat zu bestellenden Schriftführenden unterzeichnet

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Personelle Auswirkungen:

Keine

Anlagen:

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Vorberatung	Integrationsrat	öffentlich	04.06.2025
2.	Beschlussfassung	Rat der Stadt Eschweiler	öffentlich	02.07.2025

Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Gremium gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder

Beschlussvorschlag:

1. Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler, die als Anlage beigefügte geänderte Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Gremium gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder zu beschließen.

2. Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt die als Anlage beigefügte geänderte Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Gremium gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder.

A 14-Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Molls _____		Datum: 02.05.2025 <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> gez. Leonhardt gez. Duikers </div>					
1		2		3		4	
<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zugestimmt
<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> abgelehnt
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis	
<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig	
<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja	
<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein	
<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung	

Sachverhalt:

Die als **Anlage 1** beigefügte Änderung der Wahlordnung wird vom Rat der Stadt Eschweiler beschlossen.

Die geänderte Wahlordnung regelt das gesamte Verfahren sowie die einzuhaltenden Fristen für die rechtmäßige Vorbereitung und Durchführung der Wahl für das Gremium gemäß § 27 GO NRW.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Personelle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Änderung der Wahlordnung

2. Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Eschweiler zu wählenden Mitglieder

Aufgrund der §§ 7, 27 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) in der derzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 02.07.2025 die folgende Satzung beschlossen:

I. Änderung

Der Begriff "Integrationsrat" wird in der gesamten Wahlordnung durch "Gremium gemäß § 27 GO NRW" ersetzt.

II. Änderung des § 5

§ 5 (1) enthält folgende Fassung:

„Der Wahlvorstand besteht aus dem Wahlvorsteher, dem stellvertretenden Wahlvorsteher und drei bis sieben Beisitzern. Aus dem Kreis der Beisitzer werden ein Schriftführer und ein stellvertretender Schriftführer bestellt.“

III. Änderung des § 10

§ 10 (11) S. 1 enthält folgende Fassung:

„Wahlvorschläge können bis zum 69. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beim Wahlleiter eingereicht werden.“

§ 10 (12) S. 1 enthält folgende Fassung:

„Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 58. Tag vor der Wahl über die Zulassung der Wahlvorschläge“

IV. Änderung des § 12

§ 12 (2) S. 1 enthält folgende Fassung:

„In das Wählerverzeichnis werden alle Personen von Amts wegen eingetragen, bei denen am 42. Tag vor der Wahl feststeht, dass sie am Wahltag wahlberechtigt sind.“

V. Inkrafttreten

Die vorstehende Änderung der Wahlordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzungsänderung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) nach Ablauf eines Jahres seit Verkündung dieser Satzungsänderung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Beschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Eschweiler vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Eschweiler, den

Leonhardt
Bürgermeisterin

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1. Kenntnissgabe	Integrationsrat	öffentlich	04.06.2025
------------------	-----------------	------------	------------

Informationen zur Interkulturellen Woche 2025

Kenntnissgabe

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen den Sachstand zur Kenntnis.

A 14-Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Molls _____	Datum: 22.05.2025 <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> gez. Leonhardt gez. Duikers </div>		
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt:

Im Zeitraum vom 21. bis 28. September 2025 findet die 50. Interkulturelle Woche unter dem bundesweiten Motto „dafür!“ statt. Auch in unserer Kommune soll diese besondere Jubiläumswoche mit verschiedenen Aktionen begangen werden. Rund um die Villa Faensen soll es hierzu Veranstaltungen geben. Die Planung befindet sich derzeit noch in einem sehr frühen Stadium, daher liegen aktuell noch keine konkreten Einzelheiten vor. Die Organisation obliegt dem Amt für Soziales, Senioren und Integration.

Da die Interkulturelle Woche ein zentrales Thema für den Integrationsrat ist, möchten wir diesen bereits frühzeitig informieren – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Veranstaltungswoche nach den Integrationsratswahlen aber noch vor der konstituierenden Sitzung des neuen Integrationsrates stattfinden wird.

Finanzielle Auswirkungen:

keine finanziellen Auswirkungen

Personelle Auswirkungen:

keine personellen Auswirkungen

Anlagen:

Plakate

dafür!

50 Jahre Interkulturelle Woche



**interkulturelle
woche.de**



dafür!

50 Jahre Interkulturelle Woche



**interkulturelle
woche.de**



Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1. Kenntnissgabe	Integrationsrat	öffentlich	04.06.2025
------------------	-----------------	------------	------------

Stellungnahme: Landesintegrationsrat NRW kritisiert Koalitionsvertrag: Rückschritt statt Willkommenskultur

Der Integrationsrat der Stadt Eschweiler nimmt die Stellungnahme und Pressemitteilung des Landesintegrationsrats zur Kenntnis.

A 14-Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Molls	Datum: 21.05.2025 i. V. Duikers		
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt:

Beigefügt wird dem Integrationsrat eine Stellungnahme des Landesintegrationsrates zum Koalitionsvertrag zur Aussprache zur Kenntnis gegeben, in der der Landesintegrationsrat die fehlende Wertschätzung für Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Koalitionsvertrag bemängelt. Diese wird als eine besorgniserregende Absage an das gleichberechtigte Zusammenleben und die gelebte Vielfalt kritisiert. Der Landesintegrationsrat zeigt sich insbesondere besorgt, da der Inhalt des beschlossenen Koalitionsvertrags den Zusammenhalt innerhalb der deutschen Gesellschaft schwäche und hierdurch die Gefahr besteht, dass die Menschen in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie verlieren könnten.

Der Landesintegrationsrat fordert hier ein umfangreiches Programm gegen gesellschaftliche Tendenzen von Rassismus und Rechtsextremismus. Die Bundesrepublik Deutschland solle sich eher als ein selbstbewusstes Einwanderungsland begreifen und eine zukunftsfähige Integrationspolitik verfolgen, die Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe betont sowie vorhandene Potentiale ausschöpft.

Finanzielle Auswirkungen:

keine finanziellen Auswirkungen

Personelle Auswirkungen:

keine personellen Auswirkungen

Anlagen:

PM_Koalitionsvertrag

Stellungnahme zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung_def

Landesintegrationsrat NRW kritisiert Koalitionsvertrag: Rückschritt statt Willkommenskultur

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW am 12. Mai 2025

Am Samstag, den 10. Mai 2025, tagten Vorstand und Hauptausschuss des Landesintegrationsrates NRW im Rathaus der Stadt Monheim am Rhein. Im Fokus der Vorstandssitzung standen unter anderem der neue Koalitionsvertrag der Bundesregierung sowie die Vorbereitung der Integrationsrats- und Kommunalwahlen 2025. Weitere Themen waren das Projekt „Mehr als Du siehst!“ sowie die fortgeführte Diskussion über differenzierte Begrifflichkeiten in der öffentlichen Kommunikation über geflüchtete Menschen.

In der letzten Hauptausschusssitzung dieser Wahlperiode diskutierten die Mitglieder unter anderem über politische Teilhabe und die Novellierung des § 27 der Gemeindeordnung NRW. An der Podiumsdiskussion zur Novellierung nahmen Vertreter verschiedener Landtagsfraktionen teil: Justus Moor (SPD), Dr. Robin Korte (Bündnis 90/Die Grünen), Dirk Wedel (FDP) und Martin Sträßer (CDU). Im Austausch mit dem Vorsitzenden des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek, und den Delegierten entwickelte sich ein konstruktiver und kontroverser Dialog.

Der Landesintegrationsrat NRW zeigt sich tief besorgt über die migrations- und integrationspolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD. In einer ausführlichen Stellungnahme zum Koalitionsvertrag wird ein klarer Bruch mit der bisherigen Willkommenskultur festgestellt. Die neue Regierung setze einseitig auf Abschottung, Begrenzung und Repression – und blende dabei die gesellschaftliche Realität eines Einwanderungslandes aus.

„Menschen mit Fluchterfahrung werden pauschal unter Generalverdacht gestellt, während Chancenorientierung und Teilhabe weitgehend unberücksichtigt bleiben“, kritisiert Tayfun Keltek. Die Rhetorik des Vertrages stelle Migration zunehmend als Sicherheitsrisiko dar – mit integrationspolitisch kontraproduktiven und gesellschaftlich spaltenden Folgen.

Besonders kritisch bewertet der Landesintegrationsrat NRW die geplanten Einschränkungen beim Familiennachzug, die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten, die Rücknahme der erleichterten Einbürgerung sowie die Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit mit Rücknahmeabkommen. Die geplanten Kürzungen von Programmen und die fehlende Anerkennung der Leistungen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte seien fatale Signale.

„Was wir brauchen, ist eine Bundespolitik, die Vielfalt als Gewinn versteht, die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte anerkennt, Chancengerechtigkeit fördert und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt – nicht das Gegenteil“, so Keltek abschließend.

Endgültiger Abschied von der Willkommenskultur

Stellungnahme zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Die Verlautbarungen von Friedrich Merz in den vergangenen Monaten haben nichts Gutes erwarten lassen. Mit der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD ist nun klar: Die Sorgen waren berechtigt. Die Themen Migration und Integration werden von der neuen Bundesregierung fast gänzlich als Problem und Sicherheitsrisiko betrachtet und beschränken sich hauptsächlich auf den Bereich Flucht. Potenzialorientierung und -förderung werden vollständig ausgeblendet. Die ideologischen Leitplanken werden unmittelbar auf Seite eins des Vertrages gesetzt, wo es heißt, sogenannte irreguläre Migration polarisiere die Gesellschaft. Zwar wird zu Beginn des Unterkapitels 3.3. „Migration und Integration“ der Form halber noch bezeugt, Deutschland bleibe ein einwanderungsfreundliches Land bleiben, das Grundrecht auf Asyl werde nicht angetastet und Integration solle ermöglicht werden, jedoch verändert sich die Rhetorik anschließend drastisch. Menschen mit Fluchtgeschichte wird pauschal unterstellt, in die Sozialsysteme einwandern zu wollen, weshalb die neue Bundesregierung angebliche „Anreize“ reduzieren und Migration insgesamt begrenzen will.

In der Folge besteht das entsprechende Kapitel aus einer Aneinanderreihung beabsichtigter migrations- und aufenthaltsrechtlicher Repressionen. Unter anderem ist vorgesehen, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern und das Ausweisungsrecht zu verschärfen. Besonders schwer wiegt das Vorhaben, Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückzuweisen, ungeachtet der Tatsache, dass damit europäisches Recht gebrochen wird. Zugleich sollen bestehende legale Einwanderungsmöglichkeiten reduziert oder gleich ganz abgeschafft werden. Betroffen wäre beispielsweise das Aufnahmeprogramm für gefährdete Afghaninnen und Afghanen und die Westbalkan-Regelung, die seit 2016 Menschen aus den Westbalkan-Ländern den Aufenthalt zu Arbeitszwecken erleichtert. Auch das Ansinnen, auf europäischer Ebene das sogenannte Verbindungselement zu streichen, zeigt, dass grundlegende humanitäre Prinzipien aufgegeben werden. Sollte die zukünftige Bundesregierung in dieser Hinsicht erfolgreich sein, können abgelehnte Asylsuchende auch in Länder abgeschoben werden, zu denen sie keinerlei Verbindungen oder Beziehungen haben. Geradezu schändlich ist die Verknüpfung von Migrationssteuerung und Entwicklungszusammenarbeit, die bereits seit geraumer Zeit Herkunfts- und Transitländern Kooperationsverträge aufzwingt. Dieses machen den Erhalt von Fördergeldern abhängig von der Bereitschaft zur Abriegelung der Grenzen, um Ausreise und Transit zu verhindern, wie auch der Verpflichtung zur Rücknahme von abgeschobenen Asylsuchenden. Resultat solcher Verträge, wie sie auch von der Europäischen Union ausgehandelt werden, sind oftmals schwere Menschenrechtsverletzungen. Beispiele hierfür ist der unmenschliche Umgang

mit Flüchtenden in Libyen oder Tunesien, der klar die Antifolterkonventionen der UN und der EU verletzt.¹

Es ist unschwer zu erkennen, dass die Pläne der designierten Bundesregierung auf die Erosion des Asylrechts ausgerichtet sind, das im vergangenen Jahrzehnt schrittweise ausgehöhlt und bereits verschärft wurde. **Der einzelne schutzsuchende Mensch wird zur gesichtslosen Gefahr stigmatisiert, Verfolgte zum politischen Spielball entmenschlicht**; das pro forma verkündete Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl verkommt zur Makulatur.

Einige Punkte des Koalitionspapiers scheinen vordergründig positiv zu sein: Geduldeten wird unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eines Aufenthaltstitels eingeräumt. Ansatzweise positiv ist weiterhin, dass es für Bleibeberechtigte bessere Startchancen durch „effiziente und zielgerichtete Angebote“ geben soll, allerdings werden diese Angebote nicht weiter konkretisiert. Dafür aber sollen Neueingewanderte zu einer Integrationsvereinbarung verpflichtet werden. Es bleibt abzuwarten, wie dieses Vorhaben genau realisiert wird, vor dem Hintergrund der repressiven Gesamtausrichtung der zukünftigen Integrationspolitik ist aber zu befürchten, dass hier ein weiteres Instrument zur Durchsetzung von Assimilationsforderungen unter Sanktionsandrohungen geschaffen werden soll.

Insgesamt wird deutlich, dass die Kluft zwischen erwünschten Einwander*innen und unerwünschten in Zukunft noch vergrößert wird. Fachkräfte aus dem Ausland gehören nach wie vor in die erste Kategorie, deren Einwanderung demnach auch gefördert wird, z.B. durch die Verbesserung der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen und die Verkürzung von Arbeitsverboten auf drei Monate. Menschen mit Fluchtgeschichte können von diesen Neuerungen profitieren – solange sie als wirtschaftlich verwertbar gelten, also eine sogenannte Bleibeperspektive haben.

Eine gewisse Erleichterung bringt die Zusicherung, die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) „auskömmlich“ zu finanzieren sowie Berufssprachkurse anzubieten. Vor dem Hintergrund der dramatischen Kürzungen in den Bundesförderprogrammen für die Betreuung und Beratung von geflüchteten und anderen Menschen mit internationaler Familiengeschichte sowie den Integrationskursen bleibt jedoch die Sorge einer massiven Unterfinanzierung.

Darüber hinaus fehlt es im Koalitionsvertrag an konkreten Ideen, wie ausländische Fachkräfte im Land gehalten werden können. Mehr als die Hälfte der nach Deutschland eingewanderten

¹ Vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-muenchen/eu-asylsuchende-nordafrika-100.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025; und <https://www.fes.de/abteilung-internationale-zusammenarbeit/artikelseite-internationale-arbeit/libyens-kuestenwache>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

Fachkräfte wandert nach wenigen Jahren wieder ab.² In Zukunft wird es immer wichtiger werden, ausländische Fachkräfte zu halten, damit sich der wirtschaftliche Abwärtstrend nicht noch weiter verschärft. Nachweislich wirken eine mangelnde gesellschaftliche Offenheit, unzureichende Integrationsstrategien und erstarkende rechte Bewegungen abschreckend auf ausländische Fachkräfte.

Eine derartige Politik, die Menschen lediglich nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit sortiert, ist im Stande, nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerschlagen, sondern gerade auch den Fortbestand einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und des Rentensystems zu gefährden. Die pauschalen Diffamierungen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der (rechtsorientierten) Politik und zum Teil auch in den Medien schaden unserer Gesellschaft ungemein. Der Rechtspopulismus schreckt ausländische Fachkräfte ab und schwächt Deutschland als Wirtschaftsstandort: Studien zeigen, dass Fachkräfte rechtsorientierte Staaten meiden.³

In Einklang mit einer Politik der Verschlossenheit erscheinen Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Koalitionsvertrag lediglich als Adressat*innen von Integrationsforderungen. Allein die Überschrift des Kapitels „**Sicheres Zusammenleben**, Migration und Integration“ suggeriert, dass Migration und Menschen mit internationaler Familiengeschichte ein gravierendes Problem für den Staat darstellen. Direkt zu Beginn heißt es, dass „den multiplen Bedrohungen von außen und im Innern“ mit einer „Zeitenwende“ begegnet werden soll. Völlig ungeniert wird Einwanderung mit einer unkontrollierbaren Gefahr assoziiert und Tür und Tor für abwertende Interpretationen geöffnet. Die Thematisierung von Staatssicherheit im Kontext von Einwanderung ist hochgradig riskant, da sie pauschalisierende Zuschreibungen reproduziert, integrationspolitisch kontraproduktiv wirkt und zur gesellschaftlichen Spaltung sowie zur Verstärkung migrationsbezogener Ängste beiträgt.

Zudem verengt die Konzentration auf Flucht- und Fachkräfteeinwanderung den Blick auf das Thema „Zusammenleben in Vielfalt“ erheblich. 29,7 % der Bevölkerung Deutschlands haben eine internationale Familiengeschichte (knapp 25 Mio.)⁴. Nur rund drei Millionen davon sind schutzsuchende Menschen, geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer mit eingerechnet.⁵ Die Zahlen machen deutlich, dass die geradezu hysterisch geführten Debatten über

² Vgl. „Unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft: Zwei Millionen ausländische Fachkräfte in Engpassberufen.“ IW-Kurzbericht 71/2024. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-Engpassberufe_ausl%C3%A4ndische_Fachkr%C3%A4fte.pdf.

³ Vgl. „Measuring and Assessing Talent Attractiveness in OECD Countries“. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 229, 2019. <https://web.archive.oecd.org/2019-05-29/521682-Measuring-and-Assessing-Talent-Attractiveness-in-OECD-Countries.pdf#page=19>.

⁴ Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12211/table/12211-0202>, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

⁵ Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/schutzsuchende-zeitreihe-schutzstatus.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

Fluchteinwanderung völlig deplatziert sind und weder den geflüchteten Menschen selbst gerecht werden, noch dem Thema Migration/Integration insgesamt. Während im Koalitionsvertrag fast ausschließlich von *Begrenzen, Ausweisen, Aussetzen und Beenden* die Rede ist, bleiben Themen, die Menschen mit internationaler Familiengeschichte positiv in den Blick nehmen, fast vollständig auf der Strecke. Insbesondere für diejenigen, die seit Langem in Deutschland leben – viele davon bereits in zweiter oder dritter Generation – findet sich wenig. Es werden keinerlei Vorhaben im Koalitionsvertrag skizziert, um die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sichtbar zu machen, Teilhabechancen zu verbessern und bestehende Benachteiligungen aufzubrechen. Dringend nötig sind z.B. strukturelle Förderungen zur interkulturellen Öffnung in Form von Diversitätsquoten, verbindlichen Antidiskriminierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und die Anerkennung von Ressourcen wie etwa Mehrsprachigkeit. Anstelle progressiven Handelns setzt die neue Bundesregierung jedoch auf Rückschritt. Kaum durch das noch amtierende Parlament verabschiedet, soll die Einbürgerung nach drei Jahren bei besonderen Integrationsleistungen – populistisch als „Turboeinbürgerung“ bezeichnet – wieder gestrichen werden. Das ist bedauerlich, nicht nur, weil Deutschland seine Einbürgerungsbestimmungen mit dieser Regelung modernisiert und anderen Einwanderungsländern wie Irland oder Kanada angeglichen hat, sondern auch weil abzusehen ist, dass die Rücknahme als Türöffner für weitere Verschärfungen im Staatsangehörigkeitsrecht fungiert.

Zu begrüßen ist die Absicht, ein NSU-Dokumentationszentrums in Nürnberg zu schaffen wie auch der erklärte Wille, den Diskriminierungsschutz auszubauen und Rassismus in all seinen „verschiedenen Erscheinungsformen“ zu bekämpfen. Vermissen lässt der Abschnitt allerdings konkrete Strategien, wie Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzutreten ist und z.B. Netzwerke von Rechtsextremisten zerschlagen oder der zunehmenden Bedeutung von Radikalisierung in den sozialen Medien begegnet werden soll. Ausgenommen von Antisemitismus – zweifellos eine immense Herausforderung – werden die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Antiziganismus oder Islamophobie nicht benannt. Wenig hilfreich ist es da, dass auf den Islam nur in negativer Weise Bezug genommen wird. Weder wird muslimischer Glauben als wichtiger Bestandteil der religiösen Vielfalt in Deutschland erwähnt, noch auf die Notwendigkeit hingewiesen, antimuslimischen Rassismus entschlossen zu bekämpfen. Auch institutioneller Rassismus wird als Phänomenbereich nicht adressiert, ebenso wenig wie Präventionsansätze oder die Stärkung des Opferschutzes.

Es kann nur als grob fahrlässig bezeichnet werden, dass die Koalitionspartner darauf verzichtet haben, auf die lange Einwanderungsgeschichte Deutschlands und die zahllosen Integrationserfolge hinzuweisen. Deutschland profitiert enorm von seiner Bevölkerungsvielfalt und sollte stolz sein auf die Errungenschaften der Einwanderungsgesellschaft. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind Teil unserer Gesellschaft. Sie leisten einen beachtlichen Beitrag zu Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und demographischer Entwicklung. Der Gesundheitssektor beispielsweise als zentraler Bereich der Daseinsvorsorge wäre ohne sie akut vom Kollaps bedroht.

Das Fehlen von Wertschätzung sendet fatale Signale in die Gesellschaft – an die Menschen mit internationaler Familiengeschichte und diejenigen, die sich in ihrer Ablehnung einer offenen Gesellschaft gestärkt sehen. Bereits jetzt fordert die rassistisch geprägte Diskursverschiebung ihren Tribut. Menschen mit internationaler Familiengeschichte leben mit dem Stigma „Migrationshintergrund“ unabhängig davon, ob sie erst kürzlich nach Deutschland gezogen sind oder hier geboren wurden; ob sie einen ausländischen Pass haben oder ob sie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind. Viele bekommen jeden Tag zu spüren, nicht vollständig dazuzugehören, ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf dem Wohnungsmarkt. Alltagsdiskriminierung ist allgegenwärtig, rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem neuen Höchststand.⁶ Die neue Bundesregierung scheint diesem Trend nichts Substantielles entgegensetzen zu wollen, im Gegenteil.

Stattdessen nähert sich die Regierungskoalition hinsichtlich ihrer Migrationspolitik ideologisch der AfD an, deren Zustimmungswerte immer weiter steigen und laut Forsa-Umfrage vom 22.04.2025 mittlerweile den ersten Platz belegt.⁷ So kommt der Koalitionsvertrag einer Absage an das gleichberechtigte Zusammenleben in Vielfalt gleich. Rassismus kann nicht mit Rassismus bekämpft werden, diese Erkenntnis ist so banal wie allseits bekannt. Dennoch bedient die neue Regierung wider besseres Wissen die Narrative der extremen Rechten – und stärkt damit genau jene Kräfte, die sie angeblich bekämpfen will. Rassistisches und rechtsextremes Gedankengut wird weiter normalisiert mit den zwangsläufigen Folgen: Ausgrenzende Debatten werden sich noch verschärfen, rassistische Einstellungen weiter befördert ebenso wie daraus resultierende Taten wie Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt. Für die unmittelbar betroffenen Menschen mit internationaler Familiengeschichte schlägt sich das rassistisch aufgeladene gesellschaftliche Klima in noch mehr Benachteiligung nieder. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist aber auch von Bedeutung, dass das Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland und das Vertrauen in die Demokratie leidet und nicht zuletzt die Sorge wächst, in Sicherheit leben zu können.

Darüber hinaus sind die migrationspolitischen Rückschritte der neuen Bundesregierung auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich tagtäglich mit Kraft, Zeit und Geld für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt einsetzen – ob in Behörden, ehrenamtlichen Organisationen und Vereinen oder im privaten Umfeld. Leitragende einer destruktiven Einwanderungspolitik ist am Ende die ganze Gesellschaft. Ein umfassendes Programm zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus wäre eine adäquate Antwort auf den Rechtsruck der letzten Jahre gewesen. Diese sollte flankiert werden mit einer progressiven, zukunftsfähigen Integrationspolitik, deren Leitgedanken Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Potentialentfaltung sind – ganz im Sinne eines selbstbewussten Einwanderungslands, das seine Stärken kennt und Herausforderungen nicht scheut.

Mai 2025

⁶ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-straftaten-106.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

⁷ Vgl. <https://www.wahlrecht.de/umfragen/>, zuletzt abgerufen am 28.04.2025.

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Kenntnisgabe	Beirat für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe	öffentlich	20.05.2025
2.	Kenntnisgabe	Integrationsrat	öffentlich	04.06.2025

Informationen zum Inklusionstag 2025

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

A 14-Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Molls	Datum: 09.05.2025 gez. Leonhardt gez. Duikers			
1	2	3	4	
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja				
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	

Sachverhalt:

Am Sonntag, dem 15. Juni 2025, wird im Rahmen des Stadtfestes der dritte Eschweiler Aktionstag zum Thema „Inklusion“ veranstaltet. Die Federführung liegt – wie bereits in den Vorjahren – bei den Naturfreunden Eschweiler e.V.

Der Aktionstag bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich an den Informationsständen der teilnehmenden Organisationen umfassend über die vielfältigen Facetten des Themas „Inklusion“ zu informieren.

Der Integrationsrat sowie der Beirat für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe werden die Veranstaltung durch aktive Mitwirkung unterstützen. Darüber hinaus ist die Stadt Eschweiler unter anderem durch das Quartiersmanagement Eschweiler-West und Eschweiler-Ost sowie durch den Allgemeinen Sozialen Dienst des städtischen Sozialamts vertreten. Auch der Inklusionsbeauftragte der Stadt Eschweiler wird an der Veranstaltung teilnehmen.

Sämtliche Vereine, Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft werden ermutigt teilzunehmen. Bei Interesse oder fester Teilnahmeabsicht wird darum gebeten, sich zur Koordinierung und Planung eines Informationsstandes direkt an Herrn Albert Borchardt, Vorsitzender des Ortsvereins der NaturFreunde Eschweiler e.V., zu wenden

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

- E-Mail: albert.borchardt@gmx.de
- Mobil-Nr.: 0179 – 648 32 05

Als Anlage zu dieser Vorlage ist der Aufruf zur Teilnahme am Aktionstag durch den Inklusionsbeauftragten der Stadt Eschweiler beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen.

Personelle Auswirkungen:

Keine personellen Auswirkungen.

Anlagen:

Aufruf zur Teilnahme am Inklusionstag am 15.06.2025



Dienststelle

Amt für Soziales, Senioren und In-
tegration
Abtl. 502/Soziale Quartiersentwick-
lung

Auskunft erteilt

Hr. Montazeri
Zimmer 207
Telefon 02403 - 71 800
Fax 02403 - 609 994 83
behrooz.montazeri@eschweiler.de
www.eschweiler.de

Ihr Zeichen
Mein Zeichen 502/Mo

Datum 13.02.2025

Aufruf zur aktiven Teilnahme am Inklusionstag

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Inklusionstag wird auch in diesem Jahr unter der Leitung der Naturfreunde Deutschland e.V. in Abstimmung mit dem Citymanagement Eschweiler organisiert. Das Stadtfest bietet für diesen Tag den idealen Veranstaltungsrahmen. Geplant ist, die Informationsstände im Bereich vor Peek & Cloppenburg sowie vor der Villa Faensen in der Marienstraße aufzubauen.

Für den Einsatz, die organisatorische und planerische Arbeit bedanke ich mich als Inklusionsbeauftragter der Stadt Eschweiler bei dem Naturfreunde Eschweiler e.V. und dem Unterstützernetzwerk. Gleichzeitig möchte ich Sie herzlich dazu einladen und ermutigen, am kommenden Inklusionstag am Sonntag, den 15. Juni 2025, möglichst zahlreich teilzunehmen.

Eine Anmeldung zur Teilnahme mit eigenen Informationsstand ist derzeit möglich und kostenfrei. Mit Ihrer Teilnahme am Inklusionstag erhalten Sie die Gelegenheit, die breite Öffentlichkeit für Ihre spezifischen Anliegen im Bereich Inklusion zu sensibilisieren.

Bei Interesse oder fester Teilnahmeabsicht bitten ich Sie, sich zur Koordinierung und Planung eines Informationsstandes direkt an Herrn Albert Borchardt, Vorsitzender des Ortsvereins der Naturfreunde Eschweiler e.V., zu wenden (E-Mail: albert.borchardt@gmx.de / Mobil: 0179 - 648 32 05).

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme und auf eine lebendige, vielfältige Veranstaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



B. Montazeri

- Inklusionsbeauftragter -

Dienstgebäude

Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon-Zentrale 02403/71-0
stadtverwaltung@eschweiler.de

Öffnungszeiten im Rathaus

Montag - Mittwoch und Freitag
8.30 - 12.00 Uhr

Donnerstag
14.00 - 17.45 Uhr

Gläubiger-ID

DE 96 001 000 000 808 85

Steuernummer

202/5835/0184

USt-ID

DE121744310

Bankverbindungen

Sparkasse Aachen
IBAN: DE48 3905 0000 0001 2161 00
BIC: AACSD33

Commerzbank AG
IBAN: DE11 3708 0040 0170 2816 00
BIC: DRESDEFF370

Postbank Köln
IBAN: DE07 3701 0050 0003 8245 09
BIC: PBNKDEFF

Raiffeisen-Bank Eschweiler
IBAN: DE73 3936 2254 2500 1160 16
BIC: GENODED1RSC

VR-Bank eG
IBAN: DE08 3916 2980 6103 9480 19
BIC: GENODED1WUR



Ihr digitales
Bürgerportal:

service.eschweiler.de